

Einigkeit: Energiewende in Liechtenstein ambitionierter möglich

Standpunkt des Parteipräsidenten Rainer Gopp zu den Landtagsdebatten

Die Umwelt- und Wirtschaftsministerin Sabine Monauni bekommt Unterstützung für eine noch ambitioniertere Energiepolitik sowie für ihre Klimastrategie. Der Landtag überweist zudem grossmehrheitlich das FBP-Postulat zur Vorbildfunktion des Staates bzgl. seiner Gebäude.

Die Landtagsdebatten zum erwähnten FBP-Postulat, zum Postulat zur Stromversorgungssicherheit sowie zum Monitoringbericht zur Energiestrategie verliefen sehr positiv und ambitioniert. Insbesondere die Umweltministerin Sabine Monauni bewies ihre aktive Haltung in dieser Thematik und der Landtag drückte aufs Tempo, um die Energiewende für Liechtenstein rasch herbeizuführen. Nur, sind sich die Abgeordneten einig,

wie das geschehen soll? Einige skurrile Wortwechsel bzgl. der Definition von erneuerbarer Energie störten die Grundhaltung, «nun rascher ins Tun zu kommen», nicht wirklich. Es wird sich weisen, ob wir in Liechtenstein tatsächlich das übergeordnete Ziel der Energiewende bzw. unseres Beitrags gegen den Klimawandel im Fokus behalten. Oder werden am Ende wieder Argumente obsiegen, wie «das passt nicht ins Ortsbild» oder «wir möchten das nicht in der Nähe unseres Dorfes haben»? Ich hoffe nicht. Denn will man ein ambitioniertes Ziel erreichen, müssen Partikularinteressen hintenangestellt werden, ansonsten keine grossen Würfe gelingen.

Staatliche Gebäude im Fokus

Es ist sehr erfreulich, dass, ausser fünf VU-Abgeordneten, alle im Landtag erkannten, dass das Potenzial bei staatlichen Gebäuden möglichst umfassend genutzt werden müsse. Natürlich kritisierten einige, dass das Postulat unvollständig sei und man einiges mehr hätte hineinpacken müssen. Vermutlich wären es dieselben Abgeordneten gewesen, die den Vorstoss dann als überladen taxiert hätten, wenn man bereits jetzt bspw. auch private Gebäude mit hineingepackt hätte. Nein, es ging der FBP-Fraktion darum, dass der Staat als Vorbild vorangehen muss. Nimmt man die ambitionierte Haltung bzgl. einer Energiewende ernst, muss der Staat seine eigenen Hausaufgaben machen. Es scheint mir wichtig, dass die Baumi-



nisterin Marok-Wachter hier alle Möglichkeiten prüft – auch allfällige Photovoltaik-Potenziale an Fassaden. Natürlich braucht es dann weitere Schritte. Die FBP hat hierzu ihre konzeptionellen Hausaufgaben gemacht und wird auch weitere Vorstösse initiieren.

Liechtenstein kann schneller sein

Die stv. FBP-Abgeordnete Nadine Vogelsang hat es bei der Behandlung des Monitoringberichts zur Energiestrategie treffend gesagt: «Vollgas, aber CO₂-neutral». Dies ist auch meine Sichtweise. In der Energievision wird als Ziel angeführt, bis 2050 die CO₂-Neutralität erreicht haben zu wollen. Wir sprechen hier von 30 Jahren. Als kleiner Staat müssten wir uns meines Erachtens auch ambitioniertere Ziele setzen. Ich bin überzeugt, dass in

Liechtenstein die kurzen Wege gerade hier genutzt werden sollten, rascher zu agieren als dies grössere, bestimmt trägere Staaten können. Diese kurzen Entscheidungswege sollten wir auch nutzen, um den Wechsel zu erneuerbaren Energiequellen rasch zu vollziehen. Gas- und Ölheizungen haben definitiv keine Zukunft mehr – darin waren sich auch die Abgeordneten einig. Ich bin überzeugt, dass ein Einbau von solchen fossilen Energielieferanten möglichst unattraktiv ausgestaltet werden muss oder gar, mit genügend Vorlaufzeit, über kurz oder lang verboten werden müssen. Die Kantone Glarus und Zürich haben uns dies bereits vorgemacht.

Energieautark nur eine Vision?

Ja, auch ich denke, es wird sehr schwierig sein, dass es in Liechten-

stein keinen Zukauf von Energie mehr benötigen könnte. Dennoch: Visionen helfen, einem solchen potenziellen Ergebnis möglichst nahezukommen bzw. helfen sie, um zumindest hochgesteckte Teilziele zu erreichen. Dabei sind sich alle einig: Der Eigenversorgungsgrad Liechtensteins ist zu tief. Gerade die Diskussion um das Postulat zur Stromversorgungssicherheit hat dies eindrücklich gezeigt. Wollen wir den Eigenversorgungsgrad mit erneuerbarer Energie möglichst nahe an die erwähnte Vision bringen, werden wir alle möglichen Potenziale ausschöpfen müssen. Ich unterstütze es sehr, dass neben dem verstärkten Ausbau von Photovoltaik und dem Einsatz von Wärmepumpen auch andere unterschiedlichste, erneuerbare Energiequellen untersucht werden – sei dies Wasserkraft, Fernwärme oder auch die Windkraft. Gerade Letzteres wird bei uns (leider) seit der Absage zum Windrad in Balzers nicht mehr wirklich in Erwägung gezogen. Das finde ich schade. Ich plädiere klar dafür, dass die Windenergie ebenfalls als Option offenbleibt und die Potenziale vertieft untersucht werden. Wichtig wird es auch sein, die Energieeffizienz / Einsparungspotenziale im privaten Umfeld, z. B. mittels Haussanierungen, zu nutzen.

Ich bin mit der Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni einig: Auch ich erwarte mir mutige Entscheidungen des Landtages, wenn es dann um effektive Massnahmen geht.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei
Redaktion:
Rainer Gopp
Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40
www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Der Landtag überweist das FBP Postulat zur Flexibilisierung der Klassengrössen

Kommentar der Landtagsabgeordneten Bettina Petzold-Mähr

Der Landtag diskutierte das Postulat kontrovers. Dennoch unterstützte ein Mehr der Abgeordneten das Ansinnen der FBP-Fraktion und beauftragte die Regierung entsprechend.

Als Sanierungsbeitrag der Schulen wurde bereits 2013 eine Anpassung für die Bildung neuer Parallelklassen vorgenommen. Gemäss damaliger Modellrechnung sollten mit der Erhöhung der Klassengrössen 2 Mio. CHF eingespart werden. Seitdem dürfen zusätzliche Parallelklassen erst gebildet werden, wenn der obere Richtwert der maximalen Klassengrössen überschritten wird.

Unterstützung des Landtags

Im Dezember-Landtag begrüsst eine Mehrheit der Abgeordneten unser Anliegen. Im Kern soll die Regierung aufzeigen, wie mehr Flexibilität in das System kommen kann. Heute wird anhand von Stichtagen entschieden und alle orientieren sich an einem Regelwerk, welches nur wenig Spielraum zulässt. Dieses Postulat führt



(Foto: SSI)

darum zur Klärung der Frage, wie die Schulleiterin oder der Schulleiter zusätzlichen Spielraum erhalten kann. Die Klassengrösse und der Wunsch nach mehr Flexibilität stellen aus Sicht der FBP Elemente dar, die einen Beitrag zur Verbesserung des Unterrichtes leisten. Kleinere Klassen führen dazu, dass Lehrpersonen ihre Zeit auf weniger Schülerinnen und Schüler verteilen und so individuell besser fördern und fordern können. Es müssen beispielsweise weniger Elterngespräche vorbereitet, abgehalten, nachbereitet und auch weniger Prüfungen

korrigiert werden. Wir sind uns bewusst, dass das zentrale Element für den Erfolg des Schülers und der Klasse an einer motivierten und methodisch, didaktisch guten Lehrperson liegt. Eine Lehrperson ist die Schlüsselfunktion für einen erfolgreichen Unterricht, was wiederum die Kinder positiv beeinflusst.

FBP für optimale Bedingungen fürs Lehrpersonal

Wir werden uns darum – wie wir das bereits anlässlich der Diskussion zur Anpassung des Lehrerdienstgesetzes

getan haben – weiterhin dafür einsetzen, dass Lehrpersonen optimale Arbeitsbedingungen vorfinden und ihrer Arbeit mit Motivation und Freude nachgehen können.

Darum unterstützen wir den Neubau der Schulen in Vaduz und Ruggell, die Anpassungen im Lehrerdienstgesetz, die Budgetmittel für die Ausstattung der Schulen mit Tablets und als weiteres Element die Überprüfung der Flexibilisierung der Klassenbildung. Mehr Flexibilität für Schulleitungen und kleinere Klassen unterstützen indirekt unsere Lehrpersonen in ihrem sehr wichtigen Bildungsauftrag. Auch wenn das Vaterland und einige Abgeordnete im Postulat keinen Mehrwert sahen, scheint eine Mehrheit davon überzeugt zu sein, dass die Klassengrössen doch ein Element für den schulischen Erfolg sind.



Bettina Petzold-Mähr
Landtagsabgeordnete

Landtag

Rentenerhöhungen?

Die Beantwortung der FBP-Interpellation in Sachen Rentenanpassung zeigte, dass sich bzgl. Finanzierung des Alters doch einige Fragen stellen. Wie ich finde, kann man tatsächlich unterschiedlicher Meinung sein, ob eine Rentenerhöhung angebracht wäre oder nicht. Je nachdem, wie man dies betrachtet, stellt man fest, dass gewisse Lebensbereiche in den letzten Jahren günstiger geworden sind, andere, wie das Wohnen bspw., sicherlich teurer. Ich finde persönlich, eine Rentenerhöhung ist in nützlicher Frist angebracht! Allerdings gilt es nun, zuerst eine fundierte Altersstrategie für Liechtenstein zu erarbeiten. Auch wird der erste Armutsbericht im nächsten Jahr hoffentlich Aufschluss darüber geben, wer/wie viele tatsächlich auf höhere Renten angewiesen sind. Mit entsprechender Datengrundlage kann die Diskussion geführt und eine bewusste Entscheidung gefällt werden. Meines Erachtens müssen dann aber die Konsequenzen des demografischen Wandels umfassend betrachtet werden.

Es gibt neben den Finanzen einige weitere Themenfelder, die bzgl. des Alters in Liechtenstein stärker in den Fokus rücken müssen. Die FBP ist dabei, dies auch in einer Arbeitsgruppe fundiert zu diskutieren.

Rainer Gopp, Parteipräsident